



HESSISCHER LANDTAG

13. 08. 2021

Plenum

Antrag

**Dr. Daniela Sommer (SPD), Lisa Gnadl (SPD), Kerstin Geis (SPD),
Christoph Degen (SPD), Ulrike Alex (SPD), Frank-Tilo Becher (SPD),
Nadine Gersberg (SPD), Karin Hartmann (SPD), Manuela Strube (SPD),
Turgut Yüksel (SPD) und Fraktion**

Kinder und Jugendliche hören, unterstützen, begleiten

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass seit über einem Jahr die weltweite Corona-Pandemie massive Auswirkungen auf unser tägliches Leben hat. Anders als bei Erwachsenen ist für Kinder und Jugendliche jedes Lebensjahr mit Entwicklungsschritten verbunden, die bedeutsam für ihren Weg zum Erwachsenwerden sind. Welche Auswirkungen das Leben in der Pandemie und den damit verbundenen Einschränkungen auf die Psyche der Kinder und Jugendlichen hat, machen erste Studien deutlich, die Ergebnisse aus Befragungen in der Phase des Lock-downs im Frühjahr 2020 und im Herbst 2020 auswerten. Es ist festzustellen, dass sich Kinder und Jugendliche in der Pandemie und den damit verbundenen Einschränkungen „ohnmächtig ausgeliefert“ fühlen und sie sich wünschen, „eine Stimme zu haben und gehört zu werden“. Ihnen fehlt die Berücksichtigung ihrer Interessen und Bedürfnisse in der öffentlichen Wahrnehmung.
2. Der Landtag stellt fest, dass Kinder und Jugendliche im Vergleich zu Erwachsenen spezifische Bedürfnisse haben. Sie pflegen über ihre „Peers“ soziale Kontakte, die man als Lernorte jenseits der „Bildungsräume KiTa und Schule/Ausbildung“ bezeichnen kann. Diese spielen entwicklungspsychologisch eine bedeutsame Rolle, wurden aber bei den Verordnungen nicht gesondert berücksichtigt.
3. Der Landtag stellt fest, dass die psychischen Belastungen und Erkrankungen von Kindern und Jugendlichen auch durch die Corona-Pandemie und die damit verbundenen Einschränkungen gestiegen sind. Zurzeit häufen sich aufgrund dessen signifikant vielfältige Störungsbilder wie Ängste, Depressionen, Essstörungen, Zwänge, ADHS und Störungen des Sozialverhaltens unter den Schülerinnen und Schülern. Viele von ihnen sind bereits in fachärztlicher und fachpsychotherapeutischer Behandlung oder suchen sich Hilfe bei den Verbindungs-Lehrkräften.
4. Der Landtag begrüßt, dass auf Bundesebene ein digitales Jugend-Hearing unter dem Motto „Corona und die Folgen“ stattgefunden hat und dass der Bund finanzielle Hilfen für Familien in der Pandemie, insbesondere das sogenannte Corona-Aufholpaket zur Verfügung stellt.
5. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die Auswirkungen der „Corona-Zeit“ und den damit verbundenen Restriktionen auf Kinder und Jugendliche in Hessen zu analysieren und Handlungsoptionen aufzuzeigen, um Nachteile für besonders betroffene Kinder und Jugendliche auszugleichen; je nach Alter sollten dazu geeignete Maßnahmen definiert werden, um soziale, motorische und kognitive Entwicklungsbeeinträchtigungen/-verzögerungen bei Kindern/Jugendlichen auszugleichen. Hierbei wäre folgerichtig mit verkleinerter Klassengröße, Nachhilfeoptionen, Schulhelfern und Gesprächsangeboten durch ausgebildete Fachkräfte sowie mit niedrigschwelligen außerschulischen Angeboten zu arbeiten. Auch sollte Ängsten und Anpassungsproblemen nach Schulöffnung begegnet werden (beispielsweise durch schrittweise schulische Reintegration bzw. anderen Unterstützungsoptionen von „Risikoschülern“ in Bezug auf mental health oder andere Auffälligkeiten).

6. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, einen Diskurs über die psychologischen Auswirkungen der Pandemie auf Kinder und Jugendliche zu führen (z.B. mit der Psychotherapeutenkammer, den Kinder- und Jugendpsychiatern, den Schulpsychologen, Trägern von Kinder- und Jugendhilfe etc. und wenn notwendig, Kapazitäten in Beratungsstellen zu erweitern) und eigene Studien zur Situation der Kinder und Jugendlichen in Hessen in Auftrag zu geben. Am 30.06.2021 hat das Hessische Ministerium für Soziales und Integration angekündigt, intern eine fachübergreifende Analyse durchzuführen. Um aber die Bedürfnisse und Handlungsmöglichkeiten fachlich korrekt und bedarfsgerecht zu identifizieren und daraus konkrete Maßnahmen ableiten zu können, ist es dringend geboten mit den Trägern und den zuvor genannten Expertinnen und Experten auf Augenhöhe zusammenzuarbeiten.
7. Der Landtag fordert die Landesregierung zudem auf, die Suizidaten zu analysieren und die Suizidprävention – insbesondere auch im schulischen Setting – zu intensivieren. Etwa 90 % aller Suizide erfolgen vor dem Hintergrund einer psychischen Krise, einer psychischen Störung, am häufigsten einer Depression (vgl. Deutsche Depressionshilfe), daher ist die Suizidprävention gerade durch den Anstieg psychischer Belastungen und psychischer Erkrankungen bei Kindern und Jugendlichen von großer Bedeutung. Schulpsychologen und Sozialarbeiter spielen bei der Suizidprävention in Schulen eine große Rolle und müssen verstärkt eingesetzt werden.
8. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, ein Suizid-Monitoring zu implementierten sowie eine hessenweite Koordinierungsstelle zur Suizidprävention zu etablieren, um Methodenrestriktion, Prävention – insbesondere schulbasierte Präventionsprogramme, Fortbildung, Gatekeeper-Programme, Vernetzung, Umgang mit Suizidalität etc. in das Blickfeld zu rücken und gute Hilfen zu ermöglichen.
9. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, für mögliche weitere Lockdowns, Pandemien oder Epidemien vorzusorgen und die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an der Gestaltung des Lebens in der Pandemie zu ermöglichen und bei möglichen Einschränkungen durch entsprechende Verordnungen die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen und deren Lebenswelt im Blick zu behalten, altersangemessene Regelungen auszuarbeiten und Maßnahmen zu entwickeln, die die Folgen der Pandemie für Kinder und Jugendliche abschwächen. Hilfreich kann es sein, niedrigschwellige Beratungsangebote zu schaffen, dabei sollten die existierenden Beratungsangebote einbezogen werden und die Möglichkeit des Aufbaus von speziellen Krisenzentren erwogen werden.
10. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, Kinder – und Hausärzte als Vermittler in die Planung einzubeziehen. Um zeitnah Behandlungsplätze bei Kinder- und Jugendpsychotherapeuten zur Verfügung zu stellen, sollten die in der Bedarfsplanungsrichtlinie des G-BA eingeräumten Instrumente genutzt werden, um zusätzliche Zulassungen, Anstellungsgenehmigungen und Ermächtigungen zu nutzen. Ebenso sollten die Privatpraxen vermehrt in die Versorgung einbezogen werden.
Folgende Projektideen sollten zudem verfolgt werden: Erweiterung von Digitalen Projekten und Förderung von videobasierten Angeboten, Entwicklung von niedrigschwelligen Gruppenangeboten, ergänzende Hilfen zur schulischen Förderung, ergänzende Hilfen für Familien und entsprechende Fortbildungsangebote (auch digital) für Moderatoren, Vereinfachung der Antragsverfahren von Hilfen für Familien, Nutzen von sog. „Brückenklassen“ in Klinikschulen bzw. Klinikschulen befähigen für Brückenbeschulung als Übergangslösung für psychisch stark belastete Schülerinnen und Schüler. Hier ist zu betonen, dass die Schnittstelle Klinik-Jugendhilfe-Schule auch im Notbetrieb bzw. im Lockdown gewährleistet werden muss.
11. Der Landtag fordert die Landesregierung dazu auf, dafür Sorge zu tragen, dass sich bei erneuten Einschränkungen soziale Unterschiede hinsichtlich der Lebenschancen von Kindern und Jugendlichen in der Pandemie sowie nach der Pandemie nicht verschärfen. Ein besonderer Fokus ist dabei auf die Ausstattung mit digitalen Endgeräten/ausreichende Internetverbindungen, ein Mittagessen, Nachhilfeunterricht zu richten und Kinderschutz- bzw. Sorgentelefon niedrigschwellig zur Verfügung zu stellen.
12. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, Träger der Kinder- und Jugendarbeit so auszustatten, dass sie mit den Kindern und Jugendlichen (auch digital) Kontakt halten können. Ziel muss es sein, die Bildungs-, Sport- und Freizeitmöglichkeiten auch in pandemischen Situationen aufrecht zu erhalten. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, entsprechende Kurse und Fortbildungen für Erzieherinnen und Erzieher, Lehrerinnen und Lehrer, Jugendgruppenleiterinnen und Jugendgruppenleiter sowie für Ehrenamtliche anzubieten.

Begründung:

In der Corona-Pandemie wurde das Leben von Kinder und Jugendlichen stark beeinträchtigt. Kitas und Schulen wurden zeitweise geschlossen. Es gab keinen persönlichen Kontakt zu Freunden und Peergroups, keine Freizeitgestaltung, keine Struktur des Alltags. Das Leben von Kindern und Jugendlichen spielt sich normalerweise in wechselnden Gruppen und mit unterschiedlichen Personen ab. Die Zunahme von psychischen Problemen von Kindern und Jugendlichen und der damit verbundenen Nachfrage nach Therapieangeboten zeigt den immensen Handlungsbedarf. Es braucht Präventions- und Unterstützungsangebote, die in die Lebensrealität der Kinder und Jugendlichen passen.

Experten mahnen, dass die Dramatik für die Kinder und Jugendlichen endlich erkannt werden muss. Es fehlt an physischer und sozialer Nähe, Unsicherheiten in sozialen Kontakten und Ängste sind eine Folge. Kinder und Jugendliche wurden bisher einseitig auf ihre Ausbildungsoptionen und schulische Belange reduziert. Alle anderen Bedürfnisse fanden kaum Berücksichtigung. Es braucht dringend niedrigschwellige Angebote sowie die Suizidprävention, um Kinder und Jugendliche in schwierigen Phasen gut begleiten zu können. In diesem Zusammenhang könnten Krisenzentren hilfreich sein.

Kinder und Jugendliche leben im „Hier und Jetzt“. Ihre Bedürfnisse können nicht auf die Zukunft verschoben werden. Dazu müssen angemessene Rahmenbedingungen geschaffen werden – während und nach der Pandemie und v.a. für mögliche weitere Lockdowns und Einschränkungen. Die notwendige Generationenverantwortung in der Pandemie ist keine Einbahnstraße, sondern sollte in beide Richtungen gehen.

Wiesbaden, 13. August 2021

Die Fraktionsvorsitzende:
Nancy Faeser

Dr. Daniela Sommer
Lisa Gnadl
Kerstin Geis
Christoph Degen
Ulrike Alex
Frank-Tilo Becher
Nadine Gersberg
Karin Hartmann
Manuela Strube
Turgut Yüksel